

KIPA 7 / 2008

Kommentare zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Daria W. Dylla

Der polnisch-polnische Krieg um die
amerikanische Raketenabwehr.

Eine Kommentarreihe.

Teil VII: Juli 2008



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

Der polnisch-polnische Krieg um die amerikanische Raketenabwehr. Eine Kommentarreihe.

Teil VII: Juli 2008

*Daria W. Dylla*¹

Die Kommentarreihe soll dem interessierten Leser regelmäßig Basisinformationen über den Verhandlungsprozess zur Stationierung der US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium aufbereiten sowie einen Blick in die öffentliche Diskussion in Polen ermöglichen. Dies wird u. a. anhand eines knappen Überblickes über die Medienkommentare aus den drei größten polnischen Tageszeitungen: *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita* und *Dziennik* erfolgen, die jeweils kontextualisiert und durch Aussagen polnischer Machträger ergänzt werden.

Wie es Anfang Juli 2008 aus Washington hieß, sollten die polnisch-amerikanischen Gespräche über die Stationierung einer US-Raketenabwehranlage in Nordpolen am 1. Juli 2008 beendet worden sein. Einem durch die polnische Presseagentur zitierten anonymen Vertreter des US-Außenministeriums zufolge haben die USA die Warschauer Forderungen erfüllt und die Verhandlungen sind „erfolgreich abgeschlossen“ worden.² Dies wurde allerdings durch den Sprecher des polnischen Außenministeriums dementiert: die Verhandlungen dauern immer noch an; es gebe keine Grundlage zu behaupten, sie seien abgeschlossen. Dass die amerikanische Verhandlungsofferte von der Regierung in Polen letztendlich abgelehnt wurde, verkündete am 4. Juli 2008 der polnische Premierminister Donald Tusk. Für Schlagzeilen sorgte dabei nicht nur die Ablehnung, sondern auch der Zeitpunkt deren Verkündung – der amerikanische Unabhängigkeitstag. So soll sich nach Angaben eines hohen Vertreters der US-Administration die amerikanische Seite schockiert und enttäuscht gezeigt haben, und sich die Frage gestellt haben, ob die Auswahl des Datums seitens der Polen lediglich Dilettantismus oder ein bewusster Affront war.³

Eine offizielle Begründung für die Ablehnung der US-Offerte lautete hierbei, dass das Angebot die polnische Sicherheit nicht ausreichend garantieren würde. Wenn es aber um die Sicherheit Polens geht, können dem polnischen Premierminister zufolge keine Kompromisse

¹ Daria W. Dylla, Dr. rer. pol. ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

² Polnische Presseagentur (PAP): *Jest wstępne porozumienie w sprawie tarczy?*, 2.7.2008.

³ Wrona, Marcin: *Ameryka i „polskie piekielko“* in: *Dziennik*, 21.7.2008.

eingegangen werden.⁴ Laut Medienangaben ging es dabei primär darum, dass die Amerikaner die polnische Hauptbedingung – eine dauerhafte Stationierung des Luftabwehrsystems von Typ Patriot auf polnischem Territorium – nicht erfüllt haben.⁵ Die Amerikaner schlugen hingegen eine temporäre Stationierung einer Patriot-Batterie (64 Abfangraketen) in Polen vor, die von Deutschland in das Nachbarland für einen Monat pro Quartal transportiert werden würde. Dieser Mechanismus sollte auf diese Art und Weise über ein Jahr lang funktionieren; nach dieser Frist würde die Batterie, je nach Zeitungsangaben, entweder an Polen übertragen oder von Polen zu einem günstigen Preis erworben werden können.

Dass die Art der Stationierung von Patriot-Raketen, d. h. dauerhaft oder temporär, ein erhebliches Problem in den polnisch-amerikanischen Verhandlungen darstellt, gab auch der polnische Verteidigungsminister Bogdan Klich in einem Interview mit dem Polnischen Rundfunk an. Die Patriot-Batterie könne nicht wie ein Tischtennisball zwischen Polen und Deutschland hin und her springen. Als mobiles System kann das Waffensystem zwar in unterschiedliche Weltregionen transportiert werden, aber sein Stationierungsort sollte Polen bleiben, so Klich. Dabei sei die Patriot-Batterie eine entscheidene Bedingung Warschaws deshalb, da sie den Anfang des Aufbaues eines eigenen polnischen Raketenabwehrsystems bilden würde. Und dieses sei für Polen momentan unverzichtbar, weil das Land derzeit zwar über ein Luftabwehr-, aber kein Raketenabwehrsystem verfügt.⁸

Auch wenn einige Kommentatoren der polnischen Außenpolitik nach der Ablehnung des US-Angebots von dem Ende der Verhandlungen ausgingen, hat die Warschauer Regierung sofort die Bereitschaft zu weiteren Gesprächen mit den Amerikanern signalisiert. Bereits drei Tage nach der polnischen Entscheidung legte der Außenminister Radosław Sikorski in Washington ein Papier vor, in dem Polen noch einmal die Bedingungen für die Errichtung der Raketenabwehrbasis formulierte. Wie es Sikorski nachher in einem Zeitungsinterview sagte, bestand Warschau dabei vor allem auf der dauerhaften Verlegung der Patriot-Batterie nach Polen.⁹ Laut der polnischen Tageszeitung *Rzeczpospolita*, beinhaltet der polnische Vorschlag zudem den Aufbau einer Basis aus eigenen Mitteln für die Patriot-Raketen sowie eine Stationierung von etwa 100 US-Soldaten auf polnischem Boden, die sich um die Patriot-Installation kümmern würden.¹⁰

Ende Juli 2008 informierten die polnischen Journalisten über die Bereitschaft der USA, das Patriot-System an der Weichsel dauerhaft zu stationieren. Ungelöst war jedoch noch immer die Frage, wie diese Entscheidung formuliert werden sollte. Denn einerseits wollten die US-

⁴ Donald Tusk zit. in: *Rzeczpospolita*: Nie ma zgody, negocjacje trwają, 4.7.2008.

⁵ Węglarczyk, Bartosz/Wroński, Paweł: Tarcza na włosku, in: *Gazeta Wyborcza*, 5.7.2008.

⁸ Bogdan Klich, Polnischer Rundfunk, Sendung: Salon Polityczny Trójki, 8.7.2008.

⁹ Radosław Sikorski, Interview mit *Dziennik*: Sikorski zdradza szczegóły misji, 9.7.2008.

¹⁰ Lorenz, Wojciech: Rząd chce rakiet i wojsk USA, in: *Rzeczpospolita*, 9.7.2008.

Vertreter keine Festlegung zulassen, die das Pentagon dazu zwingen würde, Geld aus dem für das Jahr 2008 bereits abgeschlossenen Budget zu verwenden. Andererseits beharrte die polnische Regierung auf einer Garantie, die den Amerikanern künftig ein Umgehen dieses Versprechens erschweren würde. Die problematische Formulierung über die dauerhafte Stationierung des Patriot-Systems in Polen sollte den letzten noch fehlenden Satz in dem sonst fertigen Abkommen zwischen Polen und den USA darstellen.

Der polnisch-polnische Krieg um die Raketenabwehr

Da die Raketenabwehrfrage aufgrund ihres emotionalen und kontroversen Charakters zu den Themen auf der Medienagenda in Polen gehört, die die größte Aufmerksamkeit erregt, wurde sie mittlerweile zu einem beliebten Wahlkampfthema der politischen Handlungsträger an der Weichsel und zu einem neuen Unterscheidungsmerkmal der polnischen politischen Szene.¹² Der Kampf um die Wählerstimmen mit Hilfe der Raketenabwehrfrage vollzieht sich dabei in zweierlei Hinsicht: zwischen der größten Oppositionspartei von Jarosław Kaczyński „Recht und Gerechtigkeit“ und der regierenden „Bürgerplattform“ auf der einen Seite, sowie zwischen dem amtierenden Präsidenten Kaczyński und dem in der kommenden Präsidentenwahl höchst wahrscheinlich als Kandidat auftretenden Donald Tusk.

Interessanterweise werden das Schutzprojekt und der Sicherheitsaspekt von beiden Seiten mit den polnischen Nachbarn in Verbindung gebracht. Lech Kaczyński äußerte sich in diesem Kontext Anfang Juli 2008 in einem Radiointerview wie folgt: Es gebe Nachbarn auf beiden Seiten, die eine dynamische Politik führen. Diese Länder hätten bestimmte Ambitionen, was Polen angeht. In diesem Aspekt sei eine Verschlechterung der Beziehungen mit den USA einer groben Fehlinterpretation der Situation geschuldet.¹³ Bei Tusk hieß es hingegen: „Die historische Erfahrungen mit den Nachbarn Polens verlangen Bedingungen für die Installierung des Schildes, die die Sicherheit des Land gewährleisten.“¹⁴ Doch während für den polnischen Präsidenten und die oppositionelle „Recht und Gerechtigkeit“ der Schild allein durch eine stärkere Anbindung an die USA einen Beitrag zur Verstärkung der polnischen Sicherheit darstellt, geht die Tusk-Regierung von einem Sicherheitsdefizit aus, der durch zusätzliche Sicherheitsgarantien der USA ausgeglichen werden sollte.

¹² S. Dylla, Daria W.: Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe, Teil VI: Mai/Juni 2008, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), Köln, 6/2008, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Abwehrschild_Kommentar_Dylla_Teil_VI_KIPA-6_2008.pdf.

¹³ Lech Kaczyński, Polnischer Rundfunk, Sendung: Sygnały Dnia, 3.7.2008.

¹⁴ Donald Tusk zit. in: Rzeczpospolita: Nie ma zgody, negocjacje trwają, 4.7.2008.

Wie auch die letzten Verhandlungswochen zeigten, wird die Frage der Maximierung von Wählerstimmen von den politischen Akteuren in Warschau für so wertvoll gehalten, dass eine Zusammenarbeit zwischen den beiden politischen Lagern massiv behindert wird.

Zu einem Streitpunkt zwischen dem Präsidenten und dem Premier wurde unter anderem die Visite der ehemaligen polnischen Außenministerin Anna Fotyga im Juni 2008 in den USA. Heute ist Anna Fotyga Beraterin für Lech Kaczyński. Offiziell sollte sie dort die US-Verhandlungspartner über die Unterstützung des polnischen Präsidenten für den Aufbau des Raketenschildes in Polen in Kenntnis setzen. Da dies aber für Amerika kein Novum ist, hat der Besuch lediglich den Eindruck einer gespalteten polnischen Außenpolitik hinterlassen und erschwert den amerikanischen Gesprächspartnern zu verstehen, was Polen durch die Verhandlungen erreichen will. Da sich die Amerikaner im Klaren sind, dass Lech Kaczyński keinen Einfluss auf die Regierung in Warschau hat, sollte die Visite eher als eine Aktion betrachtet werden, deren Adressat die polnische Öffentlichkeit war. Es sollte der Eindruck vermittelt werden, dass der Präsident als bemühter Vermittler zwischen den beiden Verhandlungsseiten fungiert.

Zu einer weiteren Verstimmung zwischen den beiden Zentren der polnischen Außenpolitik führte die Einladung des polnischen Außenministers Sikorski Anfang Juli 2008 in den Präsidentenpalast zu einem Gespräch über den Raketenabwehrschild. Das Treffen hätte womöglich kein öffentliches Interesse gefunden, wenn das Gespräch nicht vom Präsidenten aufgezeichnet worden wäre und Ausschnitte daraus anschließend an das Springer-Blatt *Dziennik* durchgesickert wären. Da die Zeitung das gelieferte Material erwartungsgemäß publizierte, konnte die polnische Öffentlichkeit erfahren, dass der Präsident die Möglichkeit erwog, Sikorski vor dem Staatsgerichtshof wegen Handelns gegen die polnischen Interessen zu stellen.¹⁵ Die Gesprächsausschnitte geben dabei keine inhaltlichen Verhandlungsdetails preis. Sie zeigen vielmehr das ausgeprägte Misstrauen des Präsidenten gegenüber der Intentionen der polnischen Regierung in Sachen Raketenabwehrbasis und verdeutlichen den Verdacht von Kaczyński, dass Sikorski unter anderem geheime Verhandlungen mit den Demokraten führt, um das Abkommen erst mit der neuen US-Administration zu unterzeichnen.

Die Bewertung des Wahlkampfes anhand der Abwehrfrage in polnischen Medien und der Gesellschaft

Die Austragung des Wahlkampfes zwischen den zwei politischen Lagern in Polen mit Hilfe der Raketenabwehrfrage wurde im Juli 2008 in den polnischen Qualitätszeitungen sehr kritisch bewertet.

So macht der Streit zwischen dem Präsidenten und dem Premier einerseits sowie zwischen dem Präsidenten und dem Außenminister andererseits aus der polnischen Außenpolitik laut

¹⁵ Wroński, Paweł: Dyplomacja przecieków, in: Gazeta Wyborcza, 19.7.2008.

Dziennik eine „Szene blutiger Gefechte“.¹⁶ Gemäß dem Chefredakteur von *Dziennik* haben sowohl Lech Kaczyński als auch Donald Tusk in den letzten Wochen eindeutig die Grenze überschritten, hinter welcher der Wahlkampf der polnischen Außenpolitik schadet. Auch wenn der „polnisch-polnische Krieg“ zwischen der Regierungspartei „Bürgerplattform“ und der größten Oppositionspartei von Jarosław Kaczyński „Recht und Gerechtigkeit“, unterstützt durch seinen Zwillingsbruder Lech Kaczyński, unauffällig zu einem natürlichen Element der polnischen Politik geworden ist, zeichnete das an die Presse durchgesickerte Gespräch von Kaczyński und Sikorski das Bild eines gelähmten Staates, der nicht einmal im Falle sicherheitspolitischer Verhandlungen normal miteinander arbeiten kann. Beide Lager scheinen jeweils eigene Außenpolitiken und Sicherheitspolitiken führen zu wollen, verkünden gleichzeitig: „Polen: Das sind wir“ und behaupten, über das Monopol der Patriotismusdefinition zu verfügen, so der Autor.¹⁷

Ein Kommentator von *Gazeta Wyborcza* bemerkt, dass das Thema Raketenabwehrschirm nicht nur für Tusk und Kaczyński, sondern für viele andere politische Akteure in Polen zum Kampfplatz um den Wähler geworden ist. Ungeachtet dessen, dass es sich dabei um eine Entscheidung handelt, die für die Zukunft des Landes eine enorme Bedeutung haben wird, sind nur ganz wenige Politiker und Experten in der Lage, über den Abwehrrahmen mit einem entsprechenden technischen Wissen und mithilfe des strategischen Denkens zu diskutieren. Stattdessen herrschen Lüge und Ignoranz.¹⁸

In Bezug auf die an die Medien durchgesickerte Aufzeichnung des erwähnten Sikorski-Kaczyński Gesprächs, bemerkt *Rzeczpospolita* sarkastisch, dass in einer „normalen Situation“ die russischen Nachrichtendienste aus allen Kräften versuchen würden, die geheime Konversation zwischen dem polnischen Präsidenten und dem Außenminister über die geplante Raketenabwehr herauszubekommen, während die polnische *Counterintelligence* alles darauf setzen würde, dies zu unterbinden. Aber die Situation in Polen ist nicht normal: Um die tiefsten Geheimnisse unserer Diplomatie zu erfahren, braucht man sich nur zum Kiosk zu begeben. Doch angesichts solcher leichtsinnigen Indiskretionen in strategischen Fragen des Landes wären sogar 100 Patriot-Batterien nicht in der Lage, Polen zu schützen. Letztendlich geht es aber den wichtigsten Politikern in Polen darum, wer wen mehr in den Medien kompromittieren kann.¹⁹

In einem ähnlichen Ton kommentiert das Sikorski-Kaczyński Gespräch *Gazeta Wyborcza*. Inhaltlich war das Gespräch zwar kaum interessant, sodass man über die Verhandlungen kaum mehr weiß als zuvor. Dennoch scheint nun zumindest klar zu sein, wozu Polen die Patriot-Batterie braucht: der Präsidentenpalast wird damit auf die Regierung schießen und umgekehrt. Bei diesen Aussichten kann man von Glück sprechen, wenn die Batterie nur

¹⁶ Reszka, Paweł/Majewski, Michał: Czy prezydent i premier potrafią współpracować?, in: *Dziennik*, 18.7.2008.

¹⁷ Krassowski, Robert: PO i PiS zapomniały o interesie państwa, in: *Dziennik*, 18.7.2008.

¹⁸ Węglarczyk, Bartosz: Bierzmy tarczę, bo się przyda, in: *Gazeta Wyborcza*, 11.7.2008.

¹⁹ Magierowski, Marek: Dworskie intrygi na oczach milionów, in: *Rzeczpospolita*, 18.7.2008.

temporär auf dem polnischen Territorium stationiert werden würde, schlussfolgert die Zeitung zynisch.²⁰

Wie aber reagiert die polnische Gesellschaft auf den polnisch-polnischen (Wahlkampf-)Krieg? Eine überwiegende Mehrheit (87%) ist der Meinung, dass die Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten und der Regierung dem Land schadet.²¹ Dabei wird jedoch der auf dem Gewinn von handfesten Vorteilen aus den Verhandlungen orientierte Kurs der polnischen Regierung eindeutig befürwortet. So zeigten sich zwei von drei befragten Bürgern mit Tusks Ablehnung des US-Angebots von Anfang Juli 2008 zufrieden. Lediglich ein Fünftel unterstützte die Haltung des Präsidenten.

War die Ablehnung der US-Offerte von Donald Tusk eine richtige Entscheidung?	
Ja	70%
Nein	21%
k. A.	9%

Tabelle 1: Die Einstellung der polnischen Bürger zu der Ablehnung von der polnischen Regierung der US-Verhandlungsofferte vom Anfang Juli 2007²³

Dabei wünschte sich die Mehrheit der Polen (56%) die Aufrechterhaltung der polnischen Postulate und eine Fortsetzung der Gespräche. Nur 23% wünschten sich einen Verhandlungsabbruch.²⁵ Zudem schneidet der Premierminister Tusk gegenüber dem Präsidenten Kaczyński auch besser als Repräsentant Polens in den Verhandlungen mit den USA ab (s. Tabelle 2).

Wer repräsentiert Polen besser bei den Verhandlungen mit den USA über die Aufstellung auf polnischem Boden einer US-Abwehrbasis?	
Donald Tusk	66%
Lech Kaczyński	16%
Beide	6%
k.A.	12%

Tabelle 2: Die Bewertung der polnischen Politiker im Kontext der Raketenabwehrverhandlungen²⁷

Diese Umfrageergebnisse sind für die Regierung in Warschau ein klares Signal dafür, dass sie durch die polnische Gesellschaft für weitgehende Kompromisse in den Raketenabwehrverhandlungen bestraft werden würde. Dies lässt wiederum den Schluss zu, dass solange sich die Amerikaner nicht dafür entscheiden, die Patriot-Batterie auf polnischem Territorium dauerhaft zu stationieren, auch kein Verhandlungsabschluss erwartet werden kann.

(28. Juli 2008)

²⁰ Węglarczyk, Bartosz: Na tym przecieku wygrywa Sikorski, in: Gazeta Wyborcza, 19.7.2008.

²¹ TNS OBOP, im Auftrag von Dziennik: Konflikt między prezydentem a rządem szkodzi Polsce, 21.7.2008.

²³ GFK Polonia, im Auftrag von Rzeczpospolita: Jesteśmy generalnie za, ale jeszcze nie teraz, 7.7.2008.

²⁵ PAP: Sondáže: Polacy chcą dalszych negocjacji w sprawie tarczy, 5.7.2008.

²⁷ GFK Polonia, im Auftrag von Rzeczpospolita: Jesteśmy generalnie za, ale jeszcze nie teraz, 7.7.2008.